

„Die richtige Art, die Menschen für die Einbürgerung zu gewinnen, wäre die doppelte Staatsangehörigkeit zu genehmigen.“



Interview mit Tayfun Keltek, Vorsitzender
des Integrationsrates Köln

von Ronny Ahlbehrndt und Sebastian Albus

21. Juni 2010

Was halten Sie in Ihrer Funktion als Vorsitzender des Integrationsrates vom Einbürgerungsprozess in der Bundesrepublik Deutschland?

Einbürgerung ist nach meiner Auffassung der richtige Schritt zur Integration, auch kann sie eine Einladung für die Menschen die hier länger leben sein. Leider läuft die Einbürgerung aber nicht so, dass man von diesem Verfahren gesellschaftlich profitieren kann, weil Deutschland mit dem Gesetz der deutschen Staatsbürgerschaft eine abwehrende Haltung gegenüber den Migranten hat. Das heißt, die Menschen werden gezwungen, ihre Herkunftsstaatsangehörigkeit aufzugeben. In anderen Einwanderungsländern ist das nicht der Fall. In Hinblick darauf, dass im Vorfeld bestimmten ethnischen Gruppen die Annahme der doppelten Staatsangehörigkeit ermöglicht wird und anderen nicht sehe ich diesen Prozess noch kritischer. Das heißt, erstens keine Kultur des Willkommen sein gegenüber den Migrantinnen und Migranten und zweitens eine Ungleichbehandlung der verschiedenen ethnischen Gruppierungen. Die richtige Art, die Menschen für die Einbürgerung zu gewinnen, wäre die doppelte Staatsangehörigkeit zu genehmigen.

Warum haben einige Migranten die Möglichkeit der doppelten Staatsbürgerschaft und andere nicht?

Das ist eine lange Geschichte. Die doppelte Staatsbürgerschaft wurde zur Erleichterung der Einbürgerung, also um diesen Prozess zu unterstützen, eingeführt. 1998 haben SPD und BÜNDNIS '90/DIE GRÜNEN auch vorgehabt, dieses zu verwirklichen. Der wesentliche Punkt in diesem Gesetzentwurf, der zu jener Zeit von BÜNDNIS '90/DIE GRÜNEN ausgearbeitet wurde, war generell die

doppelte Staatsangehörigkeit zu erlauben. Allerdings hat 1994, in der Phase des Gesetzentwurfes, die CDU in Hessen eine Kampagne gegen die doppelte Staatsbürgerschaft geführt, dadurch auch die Wahl gewonnen und infolgedessen die Mehrheit im Bundesrat gebildet. Somit konnte die damalige Bundesregierung (SPD/BÜNDNIS '90/DIE GRÜNEN) dieses Gesetz nicht verabschieden, da es bundesratszustimmungspflichtig war. Infolgedessen wurde erstens die doppelte Staatsbürgerschaft verhindert und zweitens insgesamt die Stimmung diesbezüglich in Deutschland vernichtet.

Denken Sie, die für die Einbürgerung benötigte Belegung des Integrationskurses, sowie das dadurch zu erlangende und auch benötigte Sprachzertifikat B1 trägt dazu bei, dass Menschen sich wirklich integrieren?

Ohne Frage, ja. Die Einbürgerung wird sowieso erst nach mindestens acht Jahren Aufenthalt in Deutschland genehmigt. In dieser Zeit könnte man den Menschen Angebote machen, damit sie die deutsche Sprache richtig lernen. Ich habe bei der Einbürgerung kein Problem damit, dass deutsche Sprachkenntnisse erforderlich sind. Wenn man die deutsche Staatsangehörigkeit bekommt, muss man auch die deutsche Sprache sprechen können. Das ist nicht falsch. Das Problem ist nur, diese Sprachkurse oder andere Tests haben eine selektierende Funktion und verhindern die Einbürgerung. Man kann von den Menschen nicht erwarten, dass sie ihre Herkunft aufgeben. Wenn Menschen aus einem anderen Land kommen, dann haben sie ihre Identität, ihre Geschichte und ihre Kultur. Mit der Aufgabe der Herkunftsstaatsangehörigkeit schafft man ein abwehrendes Gefühl. Das Gefühl kann man als Einheimischer vielleicht schwer verstehen, doch es existiert. Die derzeitige Situation ist so: wenn du hier leben und dich einbürgern lassen möchtest, dann musst du auf alles verzichten, was dich eigentlich ausmacht. Dies ist das Problem und die Testverfahren dienen in erster Linie dem Zweck, die Leute auszusortieren und diejenigen, die zu ihrer eigenen Identität stehen, abzuschieben.

Stellt der Einbürgerungstest eine Barriere dar?

Der Einbürgerungstest ist nicht wirklich das Problem. Diese Sache ist ganz in Ordnung. Das Kernproblem im Einbürgerungsprozess ist die Aufgabe der Herkunftsstaatsangehörigkeit. Alles andere sind Dinge, die man hinnehmen kann. Ich habe auch kein Problem damit, wenn gesagt wird, wer in diesem Land leben will, muss auch die deutsche Nationalhymne singen können. Das kann ich noch verstehen. Aber ich sage immer, warum kann man nur einem Land gegenüber loyal sein. Das ist Quatsch. Das war mal vor 100 Jahren so. Jetzt kann ich zwei Ländern gegenüber loyal sein.

Zusammenfassend kann also gesagt werden, dass Sie der Meinung sind, dass Deutschkurse und Einbürgerungstest im Rahmen liegen. Das Problem ist einfach die Aufgabe der Herkunftsstaatsbürgerschaft?

Ja. Eine gewisse abwehrende Funktion haben diese Sachen zwar noch. Doch die deutsche Sprache sollte man können und auch zum Grundgesetz stehen bzw. loyal dem deutschen Staat gegenüber sein.

Inwieweit kann der Integrationsrat auf kommunaler- oder Landesebene Einfluss auf die Politik nehmen. Ist er, beispielsweise beschlussfähig?

Der Integrationsrat ist beschlussfähig. Er kann Entscheidungen treffen. Das hängt davon ab, ob der jeweilige Rat einem Gremium diese Kompetenzen zugesteht oder nicht. Hier in Köln haben wir diese Kompetenzen. Wir haben das erarbeitet, obwohl in der Gemeindeordnung das Gegenteil steht. Allerdings kann die Gemeindeordnung dem Rat der Stadt Köln nicht verbieten, dem Gremium gewisse Kompetenzen zu geben. Nach der Verfassung des Landes hat die Kommune eine Selbstverwaltungskompetenz, da kann man nicht reinreden. Noch nicht einmal mit einem Gesetz kann man ändern, was in der Verfassung steht. Aus diesem Grund hat der Integrationsrat in einem bestimmten Rahmen Entscheidungskompetenzen, so wie andere Ratsausschüsse auch.

Glauben Sie, dass der Integrationsrat, welcher früher Ausländerbeirat hieß, damals ausschließlich und auch heute noch zum größten Teil mit Mitgliedern, die einen Migrationshintergrund haben, besetzt ist und zu einer besseren politischen Partizipation der ausländischen Mitbürger führt. Worin liegt der Unterschied zwischen Ausländerbeirat und Integrationsrat?

Damals saßen im Ausländerbeirat ausschließlich Menschen mit Migrationshintergrund. Das war problematisch. Zwar konnten damals auch Beschlüsse gefasst werden, aber ob diese auch von der Verwaltung umgesetzt wurden, war immer fraglich. Der Rat musste unsere Beschlüsse nicht annehmen. Wir hatten eine beratende Funktion. Jetzt haben wir durch den Integrationsrat mehr Möglichkeiten. Wir haben 22 gewählte Migrantenvvertreter und 11 Ratsmitglieder. Diese 11 Ratsmitglieder stellen den Ratsausschuss. Die 22 Migrantenvvertreter sind der Ausländerbeirat. Das heißt, in dieser Konstellation ist der Ratsausschuss plus die Migrantenvvertreter ein großes Gremium und durch die Überzahl der Migrantenvvertreter ist eine Mehrheit gewährleistet. Allerdings ist es problematisch, wenn diese Mehrheit Beschlüsse fasst, ohne die Ratsmitglieder mit einzubeziehen. Als Gremium der Gemeinde kann der Rat unsere Beschlüsse noch einmal infrage stellen und zunichtemachen. Die Ratsmitglieder wissen, dass wir die Mehrheit haben, deswegen sind sie ganz

vorsichtig, bei der inhaltlichen Abstimmung. Wir wissen als gewählte Migrantenvetreter auch, dass wir ohne deren Unterstützung nicht so viel Erfolg haben. Die gegenseitige Struktur der Rücksichtnahme zwischen Migrantenvetretern und Ratsmitgliedern, sowie die unterschiedlichen Machtpositionen helfen uns dabei, konstruktiv zusammenzuarbeiten.

Und ich betone noch mal, diese Konstellation des Integrationsrates in Köln ist einmalig und wirklich eine tolle Struktur.

Denken Sie, der Großteil der Migranten hier in Köln, ist sich dessen bewusst, dass durch die Struktur des Integrationsrates wirklich ein Mitspracherecht besteht?

Das ist generell ein Problem der Politik. Wenn man die einfachen Leute auf der Straße fragt, was überhaupt der Jugendpflegeausschuss macht, weiß das niemand. Das ist leider in der Politik so.

Das gilt genauso für den Integrationsrat. Er ist eine kommunale Institution. Wenn man eine Untersuchung durchführen würde, ob der Integrationsrat oder der Sportausschuss bekannter sei, würde der Integrationsrat gar nicht so schlecht abschneiden. Das Schwierige ist, obwohl dieses Gremium mehr Kompetenz hat, als die Ausschüsse haben, haben wir nicht genug Bekanntheit, sodass wir sagen könnten, alle kennen uns. Viele Menschen denken, dass dieses Gremium keine Kompetenz hätte. Die Menschen befassen sich nur mit der großen Politik, der internationalen Politik.

Ich, als Tayfun Keltek, habe mich sehr dafür eingesetzt, dass dieser Integrationsrat, anstatt der Ausländerbeiräte, in der Gemeindeordnung verankert wird.

Welche Gründe sehen Sie für die niedrige Wahlbeteiligung des Integrationsrates im Februar 2010 in Köln, im Gegensatz zur Wahlbeteiligung im Jahr 2004, einer reinen Briefwahl?

2004 war die Beteiligung mehr als doppelt so hoch. Das lag jedoch nicht an der Briefwahl. Damals durfte man als Eingebürgerter ebenfalls wählen. Heutzutage funktioniert das nicht mehr, weil die CDU/FDP Landesregierung dieses verhindert hat. Sie sind der Meinung, wer eingebürgert ist, ist Deutscher und Deutsche brauchen an der Wahl des Integrationsrates nicht teilzunehmen. Das ist der Grund, warum die Wahlbeteiligung zurückgegangen ist. Ein weiterer Grund ist, dass sich viele Migranten nicht mit den zur Wahl stehenden Politikern identifizieren können. Die großen Migrantengruppen, türkische oder italienische, erreicht man. Allerdings haben wir in Köln 180 unterschiedliche Nationalitäten, die einen ausländischen Pass haben. Den Großteil erreicht man überhaupt nicht, weil sie nicht organisiert sind.

Bei den Türken beispielsweise lag die Wahlbeteiligung bei 30 %. Weil viele andere Migrantengruppen überhaupt nicht an der Wahl teilnahmen, erhält man eine Gesamtwahlbeteiligung von 7,8 %.

In einigen Ländern der Europäischen Union gibt es das kommunale Wahlrecht, in Deutschland jedoch nicht. Warum treten Sie dafür ein, dieses auch bei uns einzuführen?

Die bessere Lösung wäre natürlich die deutsche Staatsangehörigkeit zu erwerben. Solange dies jedoch unter den vorhin angesprochenen Aspekten nicht so einfach ist, wäre das kommunale Wahlrecht eine gute Lösung. Früher wurde gesagt, nur als deutscher Volkszugehöriger darf man hier wählen. Den Ausländern hat man dieses Recht nicht zugestanden. Durch die in der Europäischen Union erlassenen Verträge, durften EU-Ausländer auf einmal wählen. Diese Argumentation ist gegen das Grundgesetz. Unter der Zulassung der doppelten Staatsbürgerschaft würde ich hier kein Problem sehen. Aber unter der aktuellen Lage kann ich es überhaupt nicht verstehen. Ein Italiener, der vor sechs Wochen nach Deutschland kam, darf wählen. Aber ein Türke, der seit 50 Jahren hier lebt und eventuell hier geboren ist darf nicht wählen. Das ist nicht in Ordnung. In der großen Koalition gab es im Koalitionsvertrag einen Auftrag in dem stand, dass in dieser Periode die Einführung des kommunalen Wahlrechtes überprüft wird. Die große Koalition hatte zwei Drittel Mehrheit um dies zu ändern. Deswegen hatte ich mich entschlossen, mit der Caritas, der Arbeiterwohlfahrt usw., mit allen wichtigen Organisationen, die bundesweit in der Integrationsarbeit aktiv sind, eine Kampagne zu starten. Mit dieser Kampagne haben wir 10.000 Unterschriften gesammelt und für Ratsbeschlüsse in 33 Städten gesorgt. Diese Räte haben die Einführung des kommunalen Wahlrechtes unterstützt. Das war eine tolle Kampagne. Allerdings haben die Linken im Bundesrat einen Antrag mit einem Gesetzentwurf zur Einführung des kommunalen Wahlrechtes gestellt.

Ich habe den Linken gesagt, sorgt dafür, dass ihr Leute von den großen Fraktionen anspricht, damit diese den Antrag vorbringen. Das haben sie nicht gemacht und dadurch auch unsere Kampagne kaputtgemacht. Weil der Antrag abgelehnt wurde, mussten wir die Kampagne beenden. Aber ich bin sehr dafür, dass EU-Angehörige dieses Wahlrecht haben, auch solche, die hier lange leben, sollten das kommunale Wahlrecht erhalten.

Demzufolge haben die Linken diesen Antrag verfasst, um kurzfristig gute Presse zu machen? Und das, obwohl Sie darauf hingewiesen hatten, dass dieser Antrag bei einer solchen Vorgehensweise abgelehnt wird, ohne Chance auf eine Neuaufnahme des Antragsverfahrens.

Ja, das kann ich Ihnen sagen. Da habe ich keine Hemmungen. Das habe ich auch in einer Fernsehsendung gesagt, dass es eine billige Art war, sich zu profilieren. Wenn mir eine Sache wirklich wichtig ist, dann sollte ich mich auch dafür einsetzen, dass diese Sache wirklich realisiert wird. In der türkischen Presse stand, die Linken haben sich dafür eingesetzt, dass das kommunale Wahlrecht

eingeführt wird. Aber nun ja, so läuft das. So etwas kann man nur merken, sobald es passiert. Ich sympathisiere zum Teil mit den Linken. Aber dieses Vorgehen war fürchterlich.

Abschließend eine Frage zu einem aktuellen Thema. Was denken Sie über die Manipulationen bei der Integrationsratswahl 2010 in Essen.

So weit ich mitbekommen habe, gibt es eine Moschee, die für ihre Mitglieder Anträge zur Briefwahl gestellt und diese selbst ausgefüllt hat. Das ist natürlich nicht in Ordnung und eine absolute Unverschämtheit. Anstatt sie den Ehrgeiz haben die Stimmen dieser Leute zu organisieren. Das kann auch nicht so schwer sein. Wir haben zum Beispiel 1.800 Stimmen für die Integrationsratswahl in Köln organisiert.